



- ◀ 3 Kommunales Entschuldungsprogramm in der Diskussion
- ◀ 6 SPD/LINKE/Grüne: Perspektiven der Stadtentwicklung
- ◀ 7 Kreisvorstand der LINKEN Duisburg neu gewählt
- ◀ 9 Grünes Licht für Factory Outlet in Hamborn



file/r/Trumgeschichten

◀ Noch kein Sozialticket, aber immerhin ...

Ab 1.11. können Bedürftige ein auf 29,90 € ermäßigtes Ticket in der Preisstufe A erwerben. Eine kritische Einschätzung **Seite 2**



**Fast 80.000 für
Abwahlverfahren!**
OB Sauerland bleibt stur!
Verfahren geht in die
nächste Runde!

■ Die Zahl ist eindeutig und für unsere Stadt ein Novum: 79.193 Wahlberechtigte wollen ein Abwahlverfahren gegen OB Sauerland. Am 17.10. übergaben Vertreter der Initiative Neuanfang für Duisburg in 17 Ordnern dem Rat die in vier Monaten gesammelten Unterschriften. DIE LINKE gratuliert zu diesem stolzen Ergebnis. Wir haben wie viele Menschen unserer Stadt dazu beigetragen. Unsere Landtagsfraktion hatte den Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem erstmals das Initiativrecht für ein Abwahlverfahren nicht nur wie bisher dem Rat zusteht, sondern auch den Bürgern ermöglicht wird. Nun ist die Verwaltung am Zug und prüft die Rechtsgültigkeit der

Unterschriften. Der Rat entscheidet am 12.12., ob das Eingangsquorum erreicht ist. Theo Steegmann, einer der drei Sprecher der Initiative: »Mit diesem Ergebnis holen sich die Duisburger ihre Würde zurück, die von der Stadtspitze verspielt wurde. Angesichts von fast 80.000 Unterschriften gehen wir davon aus, dass das gesetzliche Eingangsquorum von 15 % der Wahlberechtigten, also ca. 54.000, mehr als erreicht ist. Selbst eine Fehlerquote von 10 % würde daran nichts mehr ändern. Und Steegmann fügt hinzu: »Nach dieser klaren Willensbekundung fordern wir nochmals nachdrücklich: »Herr Sauerland, warten Sie nicht mehr das Abwahlverfahren

ab. Treten Sie endlich zurück. Ersparen sie der Stadt weitere Kosten und Mühen. Die Duisburgerinnen und Duisburger wollen Sie nicht mehr an der Spitze unserer Stadt«. Doch Sauerland ist dazu auch weiterhin nicht bereit. Das Abwahlverfahren geht in die nächste Runde. In der Ratssitzung forderten SPD und LINKE den OB erneut auf, endlich zurückzutreten. Doch dieser bleibt stur. Bereits in seiner Pressekonferenz vor der Ratssitzung erklärte Sauerland den zahlreich anwesenden Journalisten und empörten Bürgern, dass er gewählt sei und solange im Amt bleibe, bis er es durch ein anderes Votum aufgeben müsse. **Weiter auf Seite 10**

Arbeitscheue Dezenten?

■ Im Streit um die Besetzung der freien Planungsdezernentenstelle kamen von CDU und Grüne erstaunliche Argumente. Die ebenfalls freie Amtsleiterstelle solle zuerst besetzt werden, weil dort »gearbeitet« werde. Nun hatten wir ja schon immer den Verdacht, dass der ein oder andere Dezent eine Fehlbesetzung ist – aber dass die Kritik an der Arbeitsweise von Dezenten um OB Sauerland im Rat zwar indirekt, aber doch deutlich genug geäußert wurde, war wirklich neu.

Weichen für Gebag neu gestellt

| Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ Die Existenz bedrohende Krise der kommunalen Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Gebag hat jetzt einschneidende Konsequenzen. Der Rat hat mit den Stimmen von SPD, LINKEN und FDP die Änderung der Rechtsform beschlossen. Die Gebag wird von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt. Dies ermöglicht mehr Transparenz in ihrer Geschäftspolitik, insbesondere für den Rat. Auch die politischen Einflussmöglichkeiten werden zunehmen. Diese waren bisher nur über den Aufsichtsrat möglich, von dem der Rat einen Teil entsendet. Im Hintergrund nahmen OB Sauerland und der Planungsdezernent Einfluss. Seit Kurzem bildet sich auch eine klare Ratsmehrheit heraus, deren Ziel es ist, die jetzige Geschäftsführung abzulösen. Die Ratsfraktion der LINKEN legt wert darauf, dass sie durch fachlich geeignete Bewerber ersetzt wird. Sie müssen über Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt verfügen, zur kommunalen Wohnungswirtschaft als Kerngeschäft stehen, einschlägige technische bzw. städtebauliche Qualifikationen haben. Außerdem dürfen sie das Unternehmen nicht wieder mit riskanten Prestigeprojekten befrachten. Das für 6 Monate als Sanierer eingesetzt dritte Vorstandsmitglied aus der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbb consult hat dem Aufsichtsrat inzwischen einen umfangreichen Bericht vorgelegt. Darin finden sich Vorschläge für die künftige Geschäftspolitik, über die der Aufsichtsrat zu entscheiden hat. Aber auch der Stadtrat selbst ist gefragt. Auch die Frage, wie es mit dem verpfuschten Erweiterungsbau am Museum Küppersmühle weitergehen soll, der die renommierte Gemälde-Sammlung Ströher aufnehmen soll, ist noch unentschieden. Klar scheint allerdings zu sein, dass der »Schuhkarton« verschrottet werden muss.

Roma-Zuzug: Integrieren statt diffamieren und wegsehen

| Martina Ammann, Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Der Zuzug von rd. 4.000 bulgarischen und rumänischen EU-BürgerInnen, unter ihnen viele Roma, in die ohnehin prekären Stadtteile wie Hochfeld und Marxloh hat zu Kontroversen geführt. Sie sind Ausbeutungsobjekt für miese Beschäftigungsverhältnisse, Schwarzarbeit und überbelegte Wohnungen. Kinder gehen nicht zur Schule, die örtlichen Schulen sind unvorbereitet, die medizinische Versorgung ist nicht sicher gestellt. Armutsprostitution und organisierte Kriminalität wurden festgestellt. Für DIE LINKE ein unhaltbarer Zustand, der wieder einmal beweist, wie fragwürdig die EU bzw. EU-Erweiterung organisiert wurde. Erhebliche Kritik von Sozialverbänden und bürgerschaftlichen Vereinigungen musste die Stadtverwaltung einstecken, weil sie den Eindruck erweckte: »Verbessern wir deren Lage, dann kommen noch mehr«. Es besteht die akute Gefahr, dass die Opfer von EU-Politik und Ausbeutung zur Zielscheibe von Hass und rassistischer Ausgrenzung werden. Wir meinen: Integrationsangebote unter bürgerschaftlicher Beteiligung müssen her, anstatt wegzusehen. Am 30.05. hatte der Rat auf Initiative der LINKEN mehrheitlich die Verwaltung beauftragt, ein Handlungskonzept zu erstellen, mit dem wirksam auf die Probleme reagiert werden kann. Auf Anfrage der LINKEN wurde am 17.10. im Rat vom zuständigen Dezernenten Karl Janssen bekannt gegeben, dass das Handlungskonzept weitgehend fertig gestellt ist und Anfang November vorgestellt wird. Der Rat soll im Dezember darüber entscheiden. Die EU selbst hat am 24. Juni einen Rahmenplan beschlossen, mit dem die Integration der Jahrhunderte lang ausgegrenzte Roma angegangen werden soll und bietet finanzielle Hilfen an.

Rat: Dezernentenstelle zuerst besetzen

| Ute Abraham, Geschäftsführerin der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ Mit 39 gegen 34 Stimmen beschloss der Rat am 17.10. in geheimer Abstimmung, dass zuerst die offene Stelle des Planungsdezernenten und nicht die des Planungsamtsleiters ausgeschrieben und besetzt werden soll. Die Mehrheit setzte sich klar aus SPD, LINKEN und FDP zusammen. Damit ist ein Streitpunkt entschieden, bei dem die grüne Fraktion sich anders verhalten hat, als in der Kooperation zugesichert. Nach dem altersbedingten Ausscheiden von Planungsdezernent Jürgen Dressler im Mai und nach dem Weggang von Planungsamtsleiter Martin Linne als neuer Planungsdezernent nach Krefeld ab November hatte die Kommunalaufsicht von der einjährigen Wiederbesetzungssperre bei Haushaltsnotkommunen wie Duisburg eine Ausnahme gemacht. Sie hatte es Duisburg überlassen, eine der beiden Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen. Für die Ratsfraktion DIE LINKE ist klar: Der Verwaltungsvorstand muss wieder komplettiert werden und es kommt nur eine Person infrage, die in erster Linie fachlich geeignet ist. Außerdem ist der Frauenförderplan zu beachten.

LINKS wirkt: Kein Sozialticket, aber ein 30 €-Nahverkehrsticket kommt

von Thomas Keuer
Ratsherr DIE LINKE Duisburg

■ Ab 1. November wird bei der DVG ein Ticket eingeführt, das für Arbeitslose und Geringverdiener ein Monatsticket zum Preis von 29,90 auf Basis des Tickets 1000 (59 €) ermöglicht. Durch die Forderung der LINKEN nach einem Sozialticket sehen sich nun die anderen Parteien genötigt ein günstigeres Ticket einzuführen. Allen, die für ein Sozialticket zum Preis von 15 € demonstriert haben, sei gedankt. Ohne den öffentlichen Druck könnten die Hartz IV-Parteien ihre unsoziale Politik fortsetzen. Das Ticket ist nicht das Sozial-Ticket, das wir meinen. Denn die LINKE befürchtet, dass dieses 30 € Ticket über 90% der möglichen Nutzer wegen des Preises einfach ausschließt.

Fest steht: Ticketpreise sind politische Preise! Denn neben betriebswirtschaftlichen Aspekten gibt es noch eine Vielzahl wichtiger sozialer, ökologischer und verkehrspolitischer Argumente, die für ein echtes Sozialticket sprechen. Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer finanziellen Situation von gesellschaftlicher Mobilität ausgeschlossen werden. Bezahlbarer ÖPNV ist und bleibt Grundvoraussetzung für Mobilität! Ein echtes Sozialticket ist unverzichtbar. Dazu gehört: Ein Preis von höchstens 15 €. Die zeitlich unbefristete Nutzung und die Mitnahmemöglichkeit abends und am Wochenende. Der Zugang für Geringverdienende und eine stigmatisierungsfreie Ausgabe.

Warum kein Nulltarif?

Die LINKE in NRW hat in ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) im Jahre 2010 sogar die kostenlose Einführung eines Sozialtickets gefordert. Damit könnte das Grundrecht auf Mobilität für alle durchgesetzt und den Menschen die Teilnahme an den kulturellen, politischen und sozialen Prozessen ermöglicht werden. »Hartz IV muss weg« bleibt eine zentrale Forderung der LINKEN.



Die Einführung eines kostenlosen Sozialtickets würde nur ein erster Schritt sein. Ziel muss es sein, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) für alle kostenlos ist. Das wäre ein Beitrag zu einer wirksamen Umverteilung von oben nach unten, da der ÖPNV heute vor allem von unteren Einkommensgruppen finanziert wird. Dies wäre auch ein Beitrag im Sinne einer ökologischen Verkehrspolitik. Dazu muss man sich Gedanken um die Finanzierung machen, in dem man sich fragt, wer sie Nutznießer eines ausgebauten ÖPNV sind. Es sind die Arbeitgeber (bessere Erreichbarkeit der Arbeitsplätze, höhere Produktivität durch bessere Erschließung der Arbeitsplätze), Haus und Grundeigentümer (höhere Mieten...), der Handel (mehr Kunden, weniger Vorhaltung von Parkplätzen...) usw. Die Forderung nach dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs wird von vielen Parteien erhoben. Doch nur die LINKE will auch die finanziellen Mittel dafür einsetzen. Es reicht nicht, den Verkehrsinfarkt zu beschreiben – es gilt, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als Alternative durchzusetzen. Warum also keinen Nulltarif? Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass der von SPD und Grünen längst aufgegebene Ausstieg aus der Atomenergie mit einer schwarz-gelben Bundesregierung durchgesetzt wird? Seien wir realistisch – fordern wir das Unmögliche!

Das 30€ Ticket bietet

- Ganztägige Nutzung
- Preisstufe A
- Kostenfreie Mitnahme von maximal 3 Kindern bis 14 Jahren nach 19 Uhr sowie an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen ganztägig
- Zusatzticket gemäß Regeltarif ermöglicht die Geltungsraumerweiterung
- Folgende Personenkreise und Bezieher von Leistungen können ein 30 € Ticket erwerben:
 - » ALG II – Ausgabe des Tickets beim Jobcenter oder Sozialgeld

- nach SGB XII – Ausgabe beim Bürgerservice (Bezirksämter)
- » Leistungen nach SGB XII – Ausgabe beim Bezirksamt
- » Hilfe zum Lebensunterhalt nach Bundesversorgungsgesetz (BVG) Ausgabe beim Bezirksamt
- » Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – Ausgabe beim Bezirksamt
- » Wirtschaftliche Leistungen vom Jugendamt für junge Erwachsene – Ausgabe beim Bezirksamt
- » Bezieher von Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz WoGG – Ausgabe beim Bezirksamt

Initiativen des Landes konstruktiv diskutieren

Kommunale Finanzkrise und Entschuldungsprogramm

von Hermann Dierkes

Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

Die katastrophale Verschuldung der Kommunen, die schlimmen Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge, die fortschreitende Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung und Wege zur Lösung des Dilemmas werden heftig diskutiert. Die NRW-Landesregierung will ein Entschuldungsprogramm auflegen, aber der Streit um seine Eckpunkte durchzieht alle politischen Lager. Derzeit ist fraglich, ob der Plan der Landesregierung zu halten ist, das Entschuldungsprogramm im Dezember durch den Landtag zu bringen. Die Positionsbildung der LINKEN läuft, ist aber noch nicht abgeschlossen.

Die Kommunalschulden in NRW betragen 2010 57 Mrd. Euro, darunter 20 Mrd. Kassenkredite zur Sicherung der Liquidität (gewissermaßen Überziehungskredite). Diese Zahl macht 40 % der bundesweiten Kassenkredite aus. Nach einem vom Land bestellten Fachgutachten fehlen den NRW-Kommunen mindestens 2,5 Mrd. Euro, um jahresbezogenen Einnahmen und Ausgaben zu decken. Vom Abbau der Altschulden ist dabei noch keine Rede. Von den 430 Kommunen und Kommunalverbänden haben nur noch 8 einen ausgeglichenen Haushalt. 167 befinden sich im Haushaltssicherungskonzept (HSK), von diesen nur 30 in einem genehmigten. 137 Kommunen wirtschaften – wie Duisburg – in einem ungenehmigten HSK nach dem sog. Nothaushaltsrecht nach § 82 GO. 34 (bzw. 35 mit dem Kreis Recklinghausen) sind bilanziell k.o., also überschuldet. Die Tendenz zur Verschlechterung steigt weiter an.

Trotz aller Findigkeit der Verwaltungen, der kommunalen Betriebe und der jahrelangen Kürzungsbeschlüsse der Räte sitzen die Kommunen in der »Vergleichlichkeitsfalle«. Es handelt sich um generelle Fehlentwicklungen, auch wenn es aus politischer Berechnung immer wieder falsch dargestellt wird: Die wesentlichen Ursachen der kommunalen Finanzmisere sind nicht »hausgemacht«. Die systematische Unterfinanzierung der gesetzlichen Aufgaben und mangelnde Einnahmen sind Ergebnis der vorherrschenden Wirtschaft sowie der Bundes- und Landespolitik zu Lasten der Kommunen. Der Schuldenanteil aus kommunalen Fehlentscheidungen und -entwicklungen kommt erst weit dahinter! Allein durch die Steuersenkungen des Bundes in der Zeit zwischen November 2008 bis Juli 2009 werden die Kommunen zwischen 2009 bis 2013 Mindereinnahmen von fast 20 Mrd. Euro haben. NRW hätte in 2010 5 Mrd.

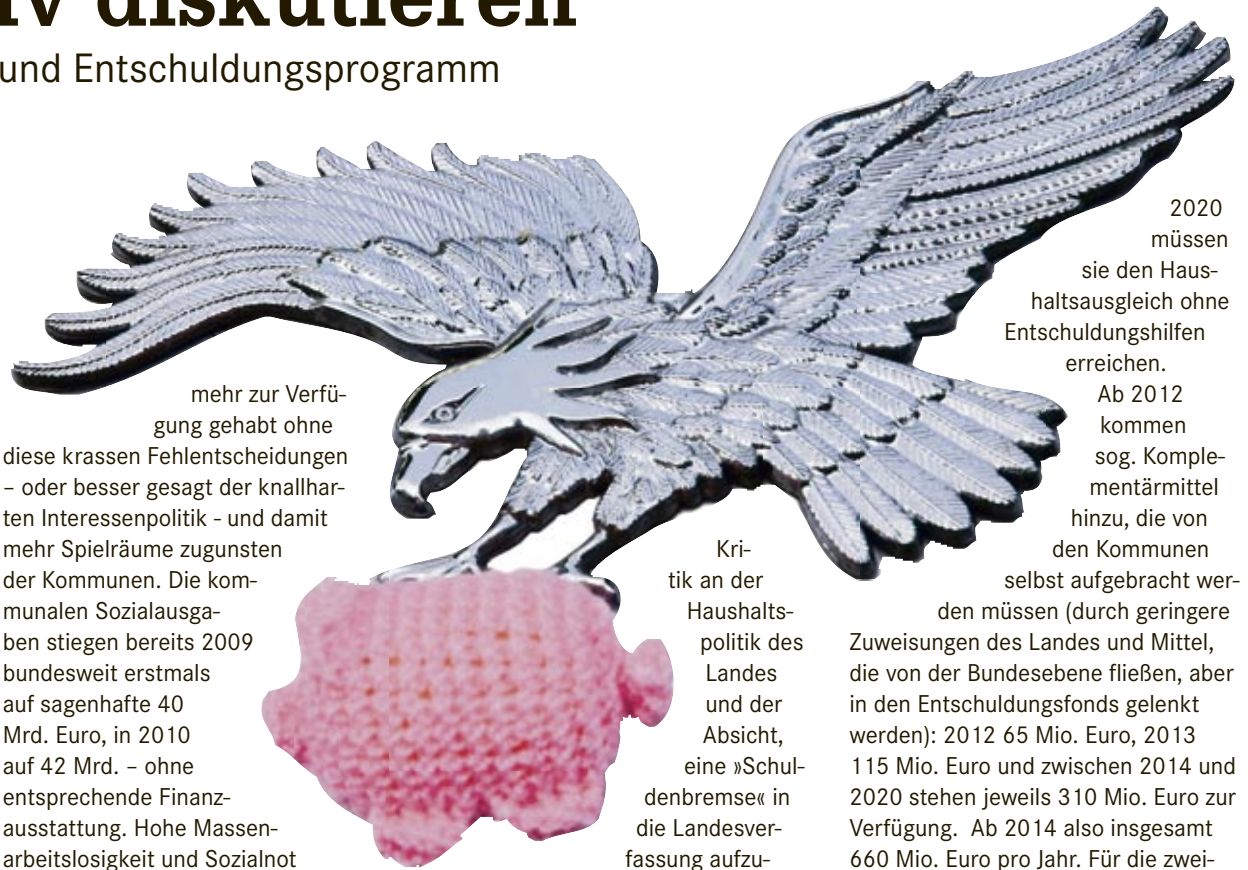
mehr zur Verfügung gehabt ohne diese krassen Fehlentscheidungen – oder besser gesagt der knallharten Interessenpolitik – und damit mehr Spielräume zugunsten der Kommunen. Die kommunalen Sozialausgaben stiegen bereits 2009 bundesweit erstmals auf sagenhafte 40 Mrd. Euro, in 2010 auf 42 Mrd. – ohne entsprechende Finanzausstattung. Hohe Massenarbeitslosigkeit und Sozialnot sowie ein wiederholtes Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen in Krisenzeiten hat die Finanznot verschärft.

Gesamtstaatliche Finanzreform überfällig

Dagegen kann und will die LINKE nicht kommunal »ansparen«. Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht vollends unter die Räder kommen, nicht der Verfassungsgrundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, nicht die kommunale Selbstverwaltung und nicht das ABC von Demokratie. Wir wollen einen anderen Weg: Um den Kommunen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen zu sichern, fordern wir seit Jahren:

- die Stärkung bzw. Weiterentwicklung der Gewerbesteuer
- eine zeitgemäße Grundsteuerreform
- die deutliche Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben
- einen kommunalen Entschuldungsfonds
- keine neuen Belastungen der kommunalen Ebene ohne ausreichende Finanzausstattung
- die Beteiligung der kommunalen Ebene an der Gesetzgebung
- eine verlässliche und transparente Berechnung der Folgekosten von Bundes- und Landesgesetzen

Letztlich ist entscheidend, ob es zu einer – gesamtstaatlichen Finanz- und Steuerreform kommt. Das ist von dieser Bundesregierung nicht zu erwarten. Trotz einiger Zugeständnisse an die Kommunen wachsen die Finanzrisiken derzeit ins Uferlose. Trotz klarer



Kritik an der Haushaltspolitik des Landes und der Absicht, eine »Schuldenbremse« in die Landesverfassung aufzunehmen, begrüßen wir

grundsätzlich die Initiativen zur Entlastung der Kommunen: Zur gerechteren Verteilung der Gemeindefinanzierungsmittel, zur Streckung der Haushaltssicherungsfristen (§ 76 GO NRW) und zu einem kommunalen Entschuldungsprogramm. Auch der Bund hat sich bewegt mit der gestaffelten Übernahme der Grundsicherung im Alter ab 2012 und komplett bis 2014. Das ist endlich eine ernsthafte strukturelle Maßnahme und sie unterscheidet sich vom Konjunkturprogramm II, mit dem nur vorübergehend Investivmittel für Bildungseinrichtungen und Infrastruktur zur Verfügung gestellt wurden. Das ist aber nur ein unzureichender Anfang. Der Bund trägt die Hauptverantwortung, weil er die Sozialgesetze macht, die v.a. die Kommunen umzusetzen haben und er über die Finanzausstattung entscheidet. Man kann und muss an der neuen Landespolitik manches kritisieren, aber ein ebenfalls hochverschuldetes Land kann nicht die Bundesverantwortung schultern.

Der Plan des Landes

Der Entschuldungsfonds des Landes sieht bis 2020 insgesamt 5,85 Mrd. Euro vor. In der ersten Stufe zwischen 2011 und 2015 sind jährlich 350 Mio. vorgesehen, die zunächst den 34 Kommunen zukommen sollen, die bereits überschuldet sind oder es bis 2013 sein werden. Diese Hilfe soll an harte Bedingungen geknüpft werden. Die Teilnahme für diese 34 Kommunen soll verpflichtend sein. Diese müssen mit der Landeshilfe und weiteren Kürzungen und Einnahmeverbesserungen bis 2016 den jährlichen Haushaltsausgleich erreichen. Zwischen 2016 und

2020 müssen sie den Haushaltsausgleich ohne Entschuldungshilfen erreichen. Ab 2012 kommen sog. Komplementärmittel hinzu, die von den Kommunen selbst aufgebracht werden müssen (durch geringere

Zuweisungen des Landes und Mittel, die von der Bundesebene fließen, aber in den Entschuldungsfonds gelenkt werden): 2012 65 Mio. Euro, 2013 115 Mio. Euro und zwischen 2014 und 2020 stehen jeweils 310 Mio. Euro zur Verfügung. Ab 2014 also insgesamt 660 Mio. Euro pro Jahr. Für die zweite Stufe der Entschuldungshilfen ab 2012 kommen solche Kommunen in Betracht, bei denen eine Überschuldung bis 2016 erwartet wird. Ihre Teilnahme ist freiwillig und muss beantragt werden. Werden sie in den Kreis der Unterstützungsempfänger aufgenommen – die Landesregierung rechnet derzeit mit 60 bis 70 – so müssen sie die gleichen Sanierungsziele erreichen wie die sog. pflichtigen Kommunen der ersten Stufe.

Streitpunkte

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen die Initiative des Landes – haben aber naturgemäß auch Kritik. Dabei spielen konzeptionelle Überlegungen eine Rolle, aber auch unterschiedliche Interessen der Kommunen. Die Gewerkschaft Verdi kritisiert die harten Bedingungen für die Hilfe und fordert längere Zeiträume. Vor allem 5 Streitpunkte beim sog. Entschuldungspakt sorgen für Zoff, der mehr oder weniger durch alle Parteien geht: die Höhe der Ausstattung, die Herkunft der Entschuldungsmittel, die Stufung (die Fristen und Teilung in pflichtige und freiwillige Teilnahme), das Ausgangskriterium bilanzielle Überschuldung sowie den Eigenbeitrag der Kommunen. Die Duisburger Ratsfraktion der LINKEN hält es mit dem Grundsatz: »Politik ist die Kunst des Möglichen«, wobei unsere programmatischen Zielsetzungen der Maßstab sind. Wir sollten – gerade angesichts der fehlenden Landtagsmehrheit für SPD/Grün – versuchen, konkrete Verbesserungen heraus zu holen. Wir stellen uns dieser Debatte und haben unserer Landtagsfraktion bereits unsere Überlegungen mitgeteilt.

Buchtipp: Empört euch!

■ Wer die Hintergründe der Demonstrationen die nun um den gesamten Globus gehen näher kennenlernen will, sollte das Büchlein »Empört euch« von Stephane Hasselt lesen. Auf 32 Seiten versucht er den Leser, insbesondere junge Menschen, aus ihrer Lethargie zu rütteln. Dies ist ihm gelungen, da sich die Massenbewegungen der jungen Menschen in Frankreich und Spanien auch auf ihn berufen. Es ist auch in Deutschland an der Zeit, dass die Menschen sich gegen die scheinbare Allmacht der Finanzmärkte wehren. Erschienen im Ullstein-Verlag für 3,99 €.

Inquisition im Hohen Haus

■ Die unabhängige jüdische 2-Monatszeitschrift Der Semit hat im Juni eine Sondernummer herausgebracht. Darin wird die Schmutzkampagne gegen DIE LINKE dokumentiert, sie sei »antisemitisch«, weil sie die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel kritisiert und die Beachtung von Menschen- und Völkerrecht einfordert. Der Herausgeber des Magazins, Abraham Melzer, analysiert die Reden der Sprecher von CDU, SPD, FDP und Grünen während der berüchtigten Aktuellen Stunde des Bundestags vom 25.05.2011. Namhafte Autoren wie die Rechtsanwältin Felicia Langer, der israelische Journalist Gideon Spiro, der Auschwitz-Überlebende Hajo Meyer und der frühere Abteilungsleiter bei der Bundeszentrale für politische Bildung Ludwig Watzal nehmen die LINKE vor den Verleumdungen in Schutz. Restexemplare können kostenlos über die Geschäftsstelle der Kreisverbände der LINKEN in Hochfeld oder über das Bürgerbüro in Marxloh bezogen werden.

Elternbeiträge Kitas und Horte

■ Der Rat der Stadt Duisburg hat am 17.10.2011 einstimmig beschlossen, die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Horten rückwirkend zum 1.08.2011 zu ändern. Die rot-grüne Landesregierung NRW hat u. a. eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr eingeführt. Diese Beitragsfreiheit konnte in Duisburg bisher jedoch nicht in vollem Umfang an Familien mit mehreren Kindern, die gleichzeitig eine Betreuung in einer Kita in Anspruch nehmen, weitergeleitet werden.

Theatergemeinschaft »Deutsche Oper am Rhein« droht das Aus

Ratsfraktion DIE LINKE diskutiert über Lösungen

von **Hermann Dierkes**

Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ 37 Mio. Euro insgesamt gibt die Stadt Duisburg jährlich für Kultur bzw. Kultureinrichtungen aus. Der größte Brocken ist der Zuschuss für die seit 1956 bestehende Theatergemeinschaft Deutsche Oper am Rhein (DOR) zwischen Düsseldorf und Duisburg mit über 11 Mio. Euro. Bereits 2009 stand im Rahmen der mittelfristigen Haushaltssicherung zur Debatte, den Duisburger Anteil ab 2013 um 2,5 Mio. zu kürzen. Dies wurde von der Ratsmehrheit aus SPD, LINKEN und Grünen zurückgestellt. Sie verlangte eine gründliche Alternativenprüfung, denn die Zukunft dieser zentralen Kultureinrichtung steht auf dem Spiel. Weitere hohe Zuschüsse müssen politisch legitimierbar sein angesichts ständiger Kürzungen bei weniger »gewichtigen« Kultureinrichtungen, bei Stadtteilkultur und Jugendfreizeiten. Die Finanzierung der DOR wird seit Jahren immer schwieriger. Seit Längerem versuchen die Intendanten und Finanzverantwortlichen der Häuser nicht ohne Erfolg die Kosten zu senken, Synergien zu erzielen, Personal- und Sachkosten im Griff zu halten. Dabei spielt die personelle und organisatorische Zusammenarbeit mit Theater und Philharmonie eine wichtige Rolle. Eine erweiterte Kooperation mit anderen Bühnen der Region scheidet aus, weil die Abmessungen sehr unterschiedlich sind und



sich z.B. bei den Kulissen keine Vorteile erzielen lassen.

Der Anteil von Düsseldorf ist in den letzten 15 Jahren laufend gestiegen – von 17,6 auf 24,3 Mio. Euro. Duisburg bringt nur noch ein Viertel auf. Obwohl Düsseldorf finanziell wesentlich besser dasteht als Duisburg, scheint aber die Bereitschaft, die ungleiche Zuschussung noch weiter zu treiben, am Ende zu sein. Derzeit steht ein Betrag von 3,4 Mio. Euro zur Neuverhandlung an. Sollte der Duisburger Anteil um 2,5 Mio. gekürzt werden, droht das Ende der Theatergemeinschaft. Die vom Rat in der Haushaltsrunde 2009/10 angestoßene Preiserhöhung um 18 % (bei Beibehaltung einer 50%igen Ermäßigung über alle

Preisstufen für Geringverdiener bzw. Erwerbslose) hatte eine geringe Auslastung von 90 auf 60 % zur Folge. Und die Preise sind mit Rücksicht auf die höhere Kaufkraft in Düsseldorf ohnedies höher als in Duisburg. Die Ratsfraktion der LINKEN hatte am 28.09. eine intensive Diskussion mit den Intendanten Christoph Meyer (Düsseldorf) Alfred Wendel (Duisburg) sowie dem Geschäftsführenden Direktor der DOR, Jochen Grothe, über die ernststen Finanzprobleme und Wege zur ihrer Lösung. Wir werden die Fülle von Vorschlägen hinsichtlich Programmgestaltung, verbesserter Auslastung und Anbindung an die Schulen weiter bearbeiten. Die nächste Haushaltsdebatte steht vor der Tür.

Jugendarbeit für 2012 ff. sichern

DIE LINKE unterstützt Jugendverbände gegen Kürzungspolitik

von **Martina Ammann**

Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Haarscharf an einer finanziellen Katastrophe vorbei schlitterten die 20 Duisburger Jugendverbände. Erst nachdem sie zum wiederholten Mal öffentlich Alarm schlugen, sicherte ihnen die Stadtverwaltung im Oktober endlich die Mittel für die Arbeit von Projekten, Jugendfreizeiten, Jugendzentren und Spieltreffs für das Jahr 2011 zu. Die Zitterpartie dauerte bereits Monate an. Immer wieder wurden die Gelder nur für den nächstfolgenden Monat freigegeben oder gekürzt. Der Stadtjugendring kritisierte OB und Kämmerer und wies auf das drohende Aus für die Angebote der Jugendarbeit und drohende Entlassungen hin. Die Verbände lebten von ihren Rücklagen und wären höchstens noch einige Monate in der Lage gewesen, die verschiedensten Projekte aufrecht zu halten. Der Duisburger Stadtjugendring ist zwar über diese Verschnaufpause erleichtert, for-



dert nun aber Planungssicherheit für die Jugendarbeit im Jahre 2012. Hierzu sollen Gespräche mit Politik und Stadtverwaltung geführt werden.

DIE LINKE, Duisburg und ihre Ratsfraktion unterstützen – wie bereits in den Vorjahren – die Jugendverbände in ihrem Engagement. Sie sind für unsere Stadt unverzichtbar. Wer ihre Arbeit schmälert oder zerstört, schadet nicht nur Kindern und Jugendlichen. Er hat auch keinerlei Recht, sich über Fehlentwicklungen zu beklagen. Wie der Stadtjugendring fordert auch DIE LINKE von der Duisburger Verwaltung ein Konzept für die Planungssicherheit der Vereine und Verbände für das Jahr 2012 und darüber hinaus. Die Jugendverbände stehen mit ihrer Kritik nicht allein. Auch wichtige kulturelle Stadtteileinrichtungen sind durch den Kürzungskurs der Stadtverwaltung existenziell gefährdet. Dies, obwohl die Ratsmehrheit sich in den letzten Haushaltsrunden klar gegen derartige Kürzungen positioniert hatte.

Wie belastet ist die Pflege?

Personalabbau, Stress, Unterversorgung

von Sylvia von Häfen

Sprecherin der LINKEN Ortsverband Duisburg-Süd

■ Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 2080 Krankenhäuser mit insgesamt 503.422 Betten. 17,8 Millionen Patienten wurden 2009 stationär behandelt. Im durchschnitt dauerte der Aufenthalt im Krankenhaus 8 Tage. Im Gesundheitswesen arbeiten insgesamt 817.000 Vollzeitkräfte davon sind 130.000 aus dem ärztlichen Dienst und 687.000 im nicht ärztlichen Dienst und versorgten die Patienten. In Pflegediensten arbeiteten 302.000 Vollzeitkräfte.

86 % der Mitarbeiter in der Pflege sind Frauen. Sie arbeiten zumeist in Teilzeitstellen und können mit Ihrem Gehalt die Familie nicht ernähren. In der Zeit von 1996 bis 2008 wurden in der Pflege beinahe 50 000 Vollzeitstellen abgebaut, was einem Personalabbau von 14 % entspricht. Erst 2008 wurde der Abbau gestoppt dafür aber findet seit dem ein kontinuierlicher Stellenumbau statt. Das bedeutet, dass Pflegenden von Servicekräften, Stationsassistenten o. ä. ersetzt oder ergänzt werden. Häufig werden offene Stellen aber einfach nicht wieder besetzt. Wo hingegen im ärztlichen Bereich seit 1995 die Beschäftigungen um 26% angestiegen sind.

Gesundheits- und Krankenpfleger sind bezogen auf Ihre Schichtarbeit, die Tätigkeit an Wochenenden, Feiertagen sowie in der Nacht besonders stark belastet. Sie leiden besonders häufig unter arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen und Stress. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Pflegebelastungszahlen in den letzten Jahren um 21 % gestiegen sind und die stationären Patienten im Krankenhaus sowie in Altenheimen aufgrund des Demografischen Wandels älter und auch kränker sind. Somit ist zwar die Aufenthaltsdauer gesunken aber der Pflegeaufwand gestiegen.



flickr/vaelder11

Ein weitere Effekt ist, dass die Bettenzahl rückläufig ist und somit weniger Pflegenden die hingegen ansteigende Zahl der Schwerstpflegebedürftigen betreuen müssen. Aufgrund des Personalabbaus, der sinkenden Ausbildungszahlen und der rückläufigen Übernahme von Ausbildungsabsolventen ist die Zahl der unter 35-Jährigen im Zeitraum von 2000 bis 2008 um 50 000 gesunken. Wohingegen die Zahl der über 50 Jährigen sich verdoppelt hat. Wenn diese dann in Ihren verdienten Ruhestand gehen, haben wir ein ernsthaftes Problem. Fachkräftemangel, der sich nicht über Zuwanderung beheben lässt. Die rot-grünen und schwarz-gelben Regierungen der letzten Jahre haben mit ihren »Gesundheitsreformen« nichts getan, um dem entgegen zu treten. Im Gegenteil. Sie haben durch Ihre »Reformen« die Situation nur verschlimmert. DIE LINKE fordert eine angemessene Bezahlung, die der Arbeit auch entspricht. Der Pflege-

beruf muss insbesondere für Junge Menschen attraktiver gemacht werden. Bessere Aufstiegsmöglichkeiten, Weiter- und Fortbildungen sowie Anerkennung.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der im Gesundheitswesen Beschäftigten bleibt eine öffentlich rechtliche Aufgabe. Zuwendungen der Industrie an Ärzte und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen im Rahmen dieser Aus-, Fort- und Weiterbildung sind gesetzlich zu untersagen. Es muss stattdessen von der Pharmazeutischen und medizintechnischen Industrie eine umsatzabhängige Fortbildungsabgabe von mindestens 1 % zur Finanzierung der Aus-, Fort- und Weiterbildungskosten erhoben werden. Zur Sicherung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden und wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung – insbesondere in ländlichen Raum – bedarf es einer planmäßigen Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung für alle medizinischen Berufe.

Mini-Jobben, weil die Rente nicht reicht

■ »Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode heißt heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern«, empört sich Matthias Birkwald, der rentenpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag. Denn 769.000 Rentnerinnen und Rentner mussten 2010 ihre Rente mit einem 400 €-Job aufbessern. 108.000 der Betroffenen sind sogar älter als 75 Jahre. »Das ist die erschreckende Folge einer vollkommen verfehlten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Was rot grün- mit den Hartz- und den Rentenreformen angefangen hat, will Schwarz-Gelb heute nicht ändern. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal«, so Birkwalds bittere Bilanz.

Wohnungslose: Steigende Tendenz

■ Die Zahl der jungen wohnungslosen Menschen steigt weiter an. Im Jahr 2010 waren bereits ein knappes Drittel der KlientInnen der Wohnungslosenhilfe unter 30 Jahre. 20 Prozent sind unter 25-jährig. In dieser Altersgruppe ist der Anteil der jungen Frauen überproportional hoch: 31 Prozent sind jünger als 25 Jahre, 43 Prozent jünger als 30 Jahre. Diese jungen Erwachsenen leben entweder ganz auf der Straße, in Abbruchhäusern oder kommen bei sog. Freunden und Bekannten unter. Dies sind häufig außerordentlich prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse, die nicht selten von Gewalt und Missbrauch begleitet werden.

Die häufigen Sanktionen nach SGB II bei den jungen Erwachsenen und die immer seltener bewilligten Jugendhilfemaßnahmen für über 18-Jährige bewirken ein Übriges, so dass diese jungen Leute zunehmend sozial ausgegrenzt zu Wohnungsnotfällen werden. Auch in 2010 steigt der Anteil der Frauen unter den Wohnungslosen erneut an und liegt inzwischen bei mindestens 25 Prozent.

Zunehmend finden sich Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländer in der Wohnungslosenhilfe. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund stieg von 14 Prozent im Jahr 2007 auf knapp 22 Prozent im Jahr 2010. Diese Entwicklung verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit spezifische Hilfeangebote für Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln.

Duisburger Sozialbericht 2007 / Duisburg Sosyal Raporu 2007



Sozialbericht 2007

Eine Kurzfassung und kritische Auswertung

DIE LINKE.

Eine Zusammenfassung und kritische Auswertung des städtischen Sozialberichts von 2007 mit eigenen Vorschlägen und Forderungen.

Die Zahlen sind auf erschreckende Art und Weise auch 2011 noch aktuell.



Duisburg Sosyal Raporu 2007

Özet ve eleştirisel değerlendirme

DIE LINKE.

Özet ve eleştirisel değerlendirme.

Kostenlos zu beziehen in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92, Telefax 02 03 / 9 30 86 94, buero@linksfraktion-duisburg.de

Griechenlandkrise und EU: Argumente gegen Vorurteile und Falschbehauptungen

■ Unter dem Titel »20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise« hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine sehr lesenswerte Argumentationshilfe mit 20 Punkten herausgegeben. Im Zentrum stehen die heftige Auseinandersetzung um die Griechenlandkrise und die Stützungsmaßnahmen der EU. Gegen Vorurteile und Falschbehauptungen stehen sachliche Argumente zu den Krisenursachen, zur politischen Verantwortung und zu Lösungsansätzen. Das Heftchen ist erhältlich über die Geschäftsstelle des Kreisverbands oder beim Bürgerbüro in Marxloh.

»Freiheit statt Kapitalismus«

■ Sahra Wagenknecht nimmt Ludwig Erhard beim Wort: In ihrer Analyse entwirft sie ein Zukunftsmodell, das dort weiterdenkt, wo die meisten Marktwirtschaftler auf halbem Wege stehen bleiben. Ebenso wie die Marktwirtschaft sozial wird, wenn man sie vom Kapitalismus befreit, wird Sozialismus kreativ, wenn man ihn von der Planwirtschaft erlöst. Ein Plädoyer für echten Wettbewerb und echte Leistung. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist auch eine Kreativitätskrise, findet die Autorin. Sie nimmt die Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft wie Walter Eucken und Ludwig Erhard beim Wort und beschreibt es als dringlichste Herausforderung an die Wirtschaft, wieder produktiv und innovativ zu sein. Denn es muss nicht nur gerechter verteilt werden, es muss auch wieder mehr zu verteilen geben. Dazu gehört neben öffentlichen Banken als Kreditgeber für den Mittelstand auch eine radikal veränderte Eigentumsordnung, die eine echte Leistungsgesellschaft erst möglich macht. Kreativer Sozialismus, so Sahra Wagenknecht belohnt nicht den, der sich auf ererbten Werten ausruht, sondern den, der Werte schafft.



Eichborn-Verlag, 368 Seiten
19,95 €, ISBN 9783821865461

Kooperation SPD/LINKE/Grüne zum Thema Stadtplanung

Innenstadtentwicklung fortführen – bezirkliche Vorhaben stärker vorantreiben

von **Dietrich Kunze**
Für die LINKE im Ausschuss für Stadtentwicklung

■ Duisburg hat seit 2004 städtebauliche Entwicklungen genommen, für die auch die Linksfraktion nachdrücklich eingetreten ist. Die neue Schwerpunktsetzung - Revitalisierung der Innenstadt anstelle der vorgesehenen Shopping Mall »Multi Casa« sowie der Foster-Masterplan - hat sich als richtig erwiesen. City-Palais und Mercator-Halle, Einkaufszentrum Forum und die Neugestaltung des König-Heinrich-Platzes stehen für die erfolgreiche Neuorientierung. Die Königs-Galerie ist fast fertig, die neue Zentralbibliothek (Stadtfenster) wird kommen und die radikale Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes (Portsmouthplatz) und der Mercatorstrasse laufen.* Für die Neunutzung des Güterbahnhofsgeländes mit Möbelzentrum, Büroimmobilien und Parkanlage sind die Weichen gestellt. Die Erneuerung der Gleisüberdachung am Hauptbahnhof rückt näher. Am Innenhafen entsteht das neue Landesarchiv als eines der letzten Großprojekte in diesem Bereich. Die Bilanz kann sich – unter dem Strich - städtebaulich sowie in den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sehen lassen. Jetzt ist es an der Zeit, die Entwicklungsschwerpunkte neu zu bestimmen. Zum einen, weil weitere Großprojekte in der Innenstadt privat oder öffentlich finanziert werden müssen (u.a. das Mercator-Viertel auf dem Gelände der ehem. Berufsschule, die Neugestaltung von Burgplatz und Umgebung). Zum zweiten, weil zu viele Großbaustellen Verkehrsprobleme bereiten, das Wirtschaftsleben und andere Projekte beeinträchtigen. Zum dritten, weil wichtige und langjährig erwünschte Vorhaben in den Stadtteilen in der »Warteschleife« liegen.



Die Kooperation hat deshalb am 17.10. einen Ratsbeschluss durchgesetzt. Er zielt darauf ab, die weitere Innenstadtentwicklung realistischer zu planen und wichtige bezirkliche Vorhaben stärker zu fördern. Hier die wichtigsten Punkte:

- Maßnahmen zur Verringerung von Verkehrsbelastungen
- Bau von Umgehungsstraßen, u.a. in Meiderich-Ruhrort und Hochfeld

- Anbindung des Schacht 2/5-Geländes in Marxloh an eine Umgehungsstraße als Voraussetzung für eine neue (wohnortverträgliche) Gewerbefläche
- Weiterentwicklung des Rheinparks in Wanheim
- Durchführung der noch ausstehenden Stadterneuerungsmaßnahmen in Laar und Hochemmerich
- Flächenentwicklung in Wedau (ehem. Bahngelände) mit der Teilung in eine Nord- und eine Südfäche. Auf der Südfäche soll ein Wohnpark entstehen.

Zukünftige Projekte müssen nachhaltig und ihre Finanzierung sichergestellt sein, um sorgfältig und realistisch planen zu können. Für den Bereich der alten Bibliothek in der Innenstadt wird ein Investorenwettbewerb in Erwägung gezogen.

Abwarten will die Kooperation mit dem Ausbau des Kühlenwalls, der Überplanung des Kantparks, der Realisierung der Promenade vor dem (noch nicht realisierten) Eurogate am Innenhafen. Die Schifferstraße soll erst nach der Fertigstellung der Eurogate-Immobilie vorgenommen werden. Die Müllersgasse kann erst nach der Baumaßnahme (Medizinisches Zentrum) erneuert werden. Der Umbau der Königstraße wird zurück gestellt. Zunächst ist die Überdachung auszubessern und es müssen Partner gefunden werden, die die Finanzierung unterstützen. Hinzu kommt, dass die Fachverwaltung mit den umfangreichen Planungen am Rande ihrer Möglichkeiten steht.

* Für den Bahnhofsvorplatz sind in bis Ende 2011 nur Zuschüsse der Landesregierung vorgesehen, wenn andere Projekte anderer Städte nicht abgerufen werden.

Mitmachen!

Öffentliche Sitzung der Gesamtfraktion an jedem 4. Mittwoch eines Monats um 17 Uhr Rathaus, Am Burgplatz, Raum 50

Kontakt zu den Facharbeitskreisen
Arbeit, Gesundheit und Soziales / Jugendhilfe / Kultur / Migration/Integration/
Bildung / Sport / Umwelt / Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr

über die Geschäftsstelle der Ratsfraktion.



Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Tel.: 02 03 / 9 30 86 92
www.linksfraktion-duisburg.de

Personell und inhaltlich gut aufgestellt

DIE LINKE Duisburg wählte neuen Kreisvorstand

von **Horst-Werner Rook**
Kreisvorstand DIE LINKE Duisburg

Die Jahreshauptversammlung der LINKEN Duisburg war eine Stunde früher beendet als geplant. Ein auch bei der LINKEN eher seltenes Ereignis. Grund: Konstruktive Beratungen, einmütige Verabschiedung von Anträgen und überzeugende Ergebnisse bei den Wahlen zum neuen Kreisvorstand.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen der Rechenschafts- und Finanzbericht des ausgehenden Kreisverbandsvorstands, die kommenden Mobilisierungen in der Friedensbewegung, die kommunale Kooperation mit SPD und Grünen sowie das Abwahlverfahren gegen OB Sauerland. Als neue Sprecherin des Duisburger Kreisverbandes, in dem 350 Mitglieder in sieben Ortsverbänden organisiert sind, wurde Edith Fröse, Gewerkschaftssekretärin beim Ver.di-Landesbezirk NRW gewählt. Kenan Ilhan, IG Metalller und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, wurde erneut als Sprecher des Kreisverbandes bestätigt. Mit guten Stimmenergebnissen zwischen 81 und 95 Prozent können die Mitglieder des geschäftsführenden Kreisvorstands, Ratsmitglied Thomas Keuer, Daniela Zumpf und Carmen Hornung-Jahn ihre Arbeit aufnehmen. Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand weiterhin an

Gizem Kockaya, Sylvia von Häfen, Werner Wirtgen und Horst Werner Rook. Im neunköpfigen Kreisvorstand sind damit fünf Frauen vertreten, darunter die 27-jährige Daniela Zumpf und die 21-jährige Gizem Kockaya. Mit einem bunten Blumenstrauß bedankten sich die Anwesenden für die geleistete Arbeit von Ute Abraham, der bisherigen Sprecherin, die ihre Arbeit als Geschäftsführerin der Ratsfraktion DIE LINKE fortsetzt.

Die im Rechenschaftsbericht des bisherigen Kreisvorstands aufgeführte politische Arbeit wurde von den Teilnehmern positiv bewertet. Die erfolgreiche Arbeit der kommunalen Kooperation wird fortgesetzt, obwohl die wachsende Unkalkulierbarkeit der Grünen in politischen und personellen Fragen zu Bedenken Anlass gibt. Anna Conrads, Landtagsabgeordnete der LINKEN in NRW, wies in ihrer Rede darauf hin, dass es nicht länger hingenommen werden kann, dass in einer notleidenden Kommune wie Duisburg soziale und kulturelle Einrichtungen vor die Hunde gehen, während die Zahl der Milliardäre ständig steigt, Parlamente sich dem Diktat von Großbanken und Finanzspekulant unterwerfen und ungeheure finanzielle Risiken eingehen. Scharfe Kritik übte sie an der Politik von SPD und Grünen, die einen Großteil ihrer Wahlverspre-

chen nicht einhalten und immer mehr zu einer neoliberalen Politik von Personal- und Sozialabbau zurückkehren wollen. Unter großem Beifall erklärte Anna Conrads: »Im Gegensatz zu anderen Parteien bleibt DIE LINKE NRW auf Kurs und das macht uns glaubwürdig.« Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion, dankte dem Vertreter der Initiative Neuanfang für Duisburg, Werner Hüsken, für die engagierte Unterschriftensammlung, die von so vielen Menschen unserer Stadt und auch der LINKEN tatkräftig unterstützt worden ist. Die Versammlung verabschiedete eine Entschliebung, in der OB Sauerland wiederholt zum Rücktritt aufgefordert wurde. DIE LINKE sagte auch für die nächste Stufe des Abwahlverfahrens der Initiative Neuanfang ihre mobilisierende Unterstützung zu. Sie hatte im Rat als erste Sauerlands Rücktritt gefordert und im Landtag den Gesetzentwurf eingebracht, der den Bürgern von NRW erstmals das Initiativrecht für ein Abwahlverfahren einräumt. Einstimmig verabschiedet wurde ein Antrag, für die Demonstration gegen den Afghanistan Krieg am 3. Dezember in Bonn zu mobilisieren und dazu einen Bus bereit zu stellen. Einhellige Meinung der Teilnehmer: eine erfolgreiche Versammlung. DIE LINKE Duisburg ist für die kommenden Aufgaben personell und inhaltlich gut aufgestellt.

Mirze Edis geht es besser

Auf dem Weg zur Besserung befindet sich Mirze Edis, Bezirksvertreter für DIE LINKE in der BV Süd. Durch einen brutalen Überfall einer Gruppe türkischstämmiger Männer am 24.9. hatte er schwere Kopfverletzungen erlitten und musste mehrmals operiert werden. Die Täter sind bekannt und wie er selbst Belegschaftsmitglieder der Hüttenwerke Krupp Mannesmann. Mirze Edis selbst kann sich die Brutalität der Attacke nicht erklären. Er hat sich als Betriebsrat sogar noch für das berufliche Fortkommen eines der beiden Schläger – ein früherer Jugendvertreter – eingesetzt. Über Tatmotive und -hergang sind verschiedene Versionen in Umlauf. Wir appellieren nachdrücklich, die Aufklärung der Polizei, den Zeugen und dem anstehenden Strafverfahren zu überlassen. Derartige Vorkommnisse dürfen das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt nicht gefährden, weder zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, noch in der Migrantenbevölkerung selbst.

Bürgermeister Erkan Kocalar unterwegs

Seit November 2009 nimmt Erkan Kocalar, Ratsmitglied der LINKEN, seine Funktion als ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt wahr. Er ist der erste Bürgermeister unserer Stadt mit Migrationsgeschichte. Soeben ist eine kleine Broschüre entstanden, in der Erkan Kocalar in einem Interview mit Henning von Stolzenberg sein politisches Selbstverständnis und seine Ziele darlegt. Fotos und Kurzberichte dokumentieren seine zahlreichen Begegnungen mit den Menschen unserer Stadt. Die Broschüre ist erhältlich über die Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestrasse 28 in Hochfeld oder im Bürgerbüro der LINKEN in Marxloh, Kaiser-Wilhelm-Str. 278.



Der neue Kreisvorstand der LINKEN Duisburg

Werner Wirtgen, Daniela Zumpf, Thomas Keuer, Kenan Ilhan, Sylvia von Häfen, Edith Fröse, Horst-Werner Rook, Gizem Kockaya, Carmen Hornung-Jahn (v. l. n. r.)

www.dielinke-duisburg.de

www.dielinke-nrw.de

Streit um Botanischen Garten Hamborn

Unterschiedliche Konzepte stehen sich gegenüber

von **Charlotte Weyers**

Ortsverband Hamborn, für DIE LINKE als sachkundige Bürgerin im Umweltausschuss

Die Stadtverwaltung will den Kostenaufwand für die beiden botanischen Gärten in Duissern und Hamborn massiv senken. Eine Ratsmehrheit hatte dies in den Haushaltsrunden 2009/10 und 2010/11 abgelehnt und zunächst ein akzeptables Gesamtkonzept verlangt. Doch das bisher Vorgelegte war nicht zustimmungsfähig, insbesondere nicht für den Hamborner Garten. Die Pflegestandards sollten massiv gesenkt werden, den Aquarianern und Fuchsenfreunden wurde keine Zukunftsperspektive mehr angeboten. Im letzten April spitzte sich der Konflikt zu: Offenbar um Fakten zu schaffen und der Politik »Beine zu machen«, ließ das Umweltdezernat die Gewächshäuser im Hamborner Garten aus angeblichen Sicherheitsgründen schließen. Reparaturarbeiten am Glasdach wurden abgebrochen. Auch die Beschäftigten der Wirtschaftsbetriebe dürfen seither die Häuser nicht mehr betreten und gießen nur noch mittels Sprüheinrichtungen, die von außen bedient werden. Die Folgen sind gravierend: Schädlingsbefall, wertvolle Baumfarne und weitere Pflanzen sind

eingegangen. Dagegen erhob sich heftiger Bürgerwiderstand. Schnell wurden über 7.000 Unterschriften gesammelt. Die Verwaltung bot daraufhin Workshops mit Beteiligung von Bürgern, betroffenen Vereinen und Politik an. Doch auch der zweite Termin am 14.10. brachte nur wenige Annäherungen.

Konzept Förderverein/ Bürgerinitiative

Das Konzept der Vereine und der BI sieht den Erhalt beider Gewächshäuser vor. Eines als Tropenhaus, das zweite als »Orangerie« mit einer Cafeteria. Alle Aquarien, Zucht- und Quarantänebecken sollen erhalten bleiben. Ein Förderverein würde die Organisation der Cafeteria übernehmen sowie den Betrieb von zwei oder mehreren Themengärten (Kräuter/ Medizingarten, Schulgarten usw.). Darüber hinaus bieten die Aquarianer an, im Rahmen einer Kooperation mit dem Aqua-Zoo in Düsseldorf und dem Zoo Duisburg Anteile von Tierpflegeausbildung zu übernehmen. Sollte eine tragfähige Grundlage zur Zusammenarbeit mit der Stadt zustande kommen, will der Förderverein Sponsoren einwerben.



Konzept Verwaltung

Die Verwaltung will nur eines der Gewächshäuser als Orangerie erhalten, um Energie- und Unterhaltskosten massiv zu senken. Das zweite Haus soll aller Scheiben entledigt als bunt angestrichenes Gerippe eine Landmarke werden. Als Entgegenkommen sollen jetzt die Aquarien erhalten bleiben sowie ein Flügel am großen Haus zur Überwinterung der Fuchsen und anderer Pflanzen. Der Garten soll – wie auch bisher vorgesehen – erweitert werden, ein repräsentatives Eingangstor gegenüber IKEA soll mehr Besucher anlocken. Die Pflege Gartens soll weniger aufwändig werden. Damit würde das Konzept eines Botanischen Gartens vollends gekippt, nachdem über viele Jahre bereits massiv abgespeckt wurde. Er wäre nach über hundert Jahren Geschichte. Obwohl das Konzept des Fördervereins Einsparungen von bisher 280.000 € vorsieht, die noch steigerbar wären, reicht das der Verwaltung nicht. Sie besteht darauf, noch deutlich höhere Einsparungen vor allem bei den Gewächshäusern zu erzielen. Jetzt ist die Politik am Zuge. Politiker aller Fraktionen sollen sich mit dem Förderverein zusammensetzen und danach eine Entscheidung treffen.

Afrikanisches Kulturfest in Hochfeld

»Die Würde des Menschen ist unantastbar« war das Motto des ersten afrikanischen Kulturfests am 17.09. vor der Paulus-Kirche in Hochfeld. Organisiert wurde es vom Verein Miftahoune Nasri e. V., der in Hochfeld im kulturellen und sozialen Bereich aktiv ist und sich für mehr Chancengleichheit von Menschen aus Zuwandererfamilien engagiert. Der Kreisverband der LINKEN, Bürgermeister Erkan Kocalar und die EG DU unterstützten die Veranstaltung mit Rat und Tat. Bei schönem Wetter kamen mehrere hundert Menschen, darunter viele Familien mit Kindern, besonders am späten Nachmittag. Afrikanische Musik-, Tanz- und Rap-Gruppen erhielten großen Applaus für ihre Darbietungen. Besonders spektakulär waren die senegalesischen Künstler mit ihrem Sabar-Tanz. An Ständen wurden Ethno-Kleidung, Ethno-Food sowie schmackhafte Speisen und Getränke angeboten. Ziel der Veranstaltung war es, vor allem die im Stadtteil lebenden Menschen bzw. Zuwanderer mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Erfahrungen zusammen zu bringen, ihre Isolation zu überwinden und ihr Selbstbewusstsein auf dem Weg zur Integration zu stärken. *Birane Gueye*



Factory Outlet kommt nach Hamborn

Niederländischer Investor hat Grosses vor

von Herbert Fürmann

Für die LINKE im Stadtplanungsausschuss und in der BV Hamborn

■ Wo heute noch die Rhein-Ruhr-Halle steht, soll bis Ende 2013 eine Shopping Mall der besonderen Art nach Roermonder Vorbild entstehen. BV Hamborn, Planungsausschuss und Rat gaben grünes Licht für die Planung. Der Investor DOUVIL (Duisburger Outlet Village) hofft noch 2012 mit dem Bau beginnen zu können. Hinter ihm steht die niederländische German Development Group (GDG), die als einziger Bieter für das Gelände den Zuschlag für gut 6,5 Millionen € erhalten hat. DIE LINKE sieht in den Planungen einen erfolgversprechenden Versuch zur Aufwertung des gesamten Duisburger Nordens.

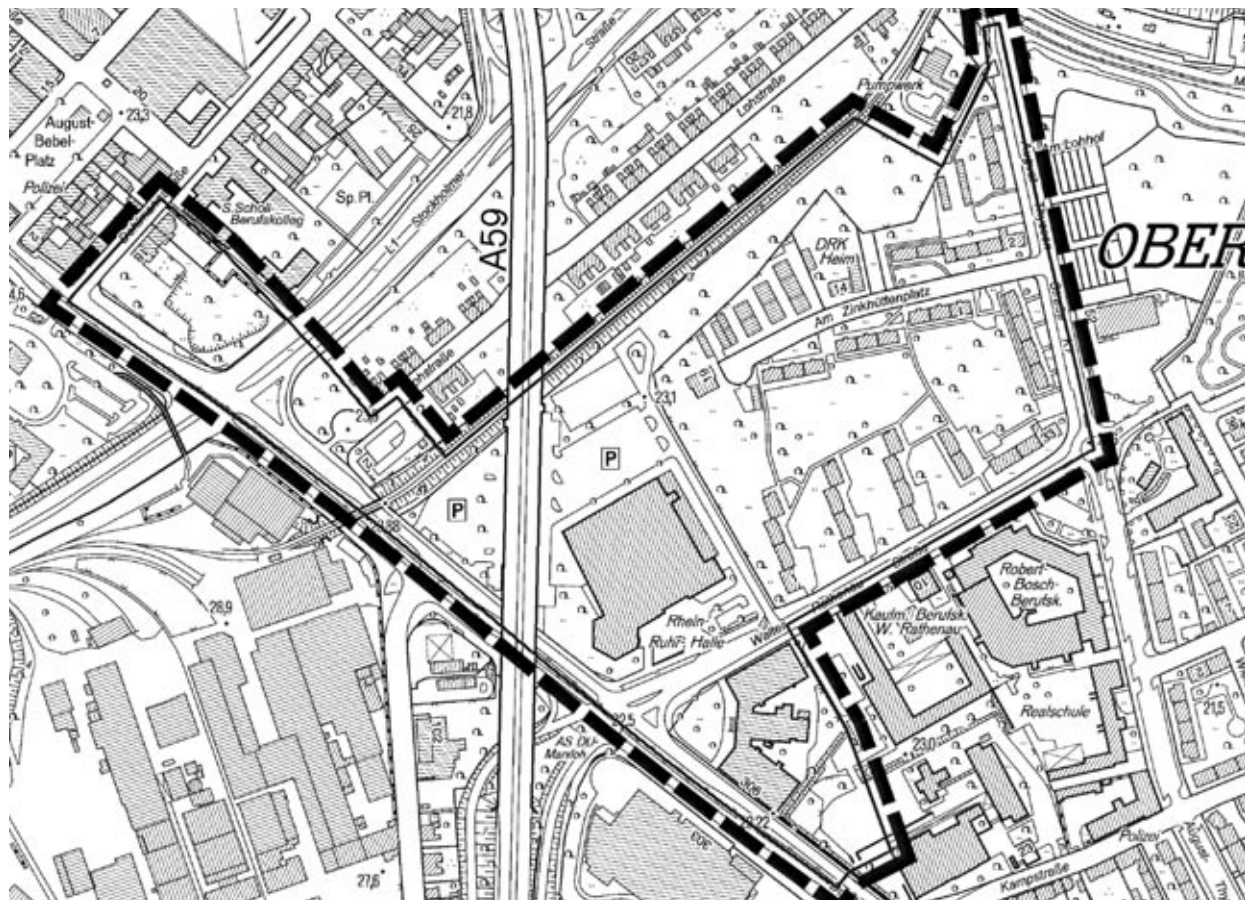
Verkaufskonzept

Geplant sind Direktvertriebe einzelner Hersteller. Angeboten werden Markenartikel aus der vorletzten Kollektion, Produkte mit kleinen Fehlern, Restposten und Überproduktionen, schwerpunktmäßig im Sortiment Bekleidung, Sportartikel und Schuhe. Das Factory Outlet Center (FOC) soll zunächst mit 70 Geschäften auf 16.000 m² Verkaufsfläche starten. In weiteren Stufen sollen 140 Shops mit einer Einzelhandelsfläche von insgesamt 26.000 m² entstehen. Bis zu 800 rechnerische Vollzeit-Stellen entstehen dabei. Da im Handel viel in Teilzeit gearbeitet wird, dürfte die Zahl der neuen Arbeitsplätze noch höher liegen.

Auf dem Gelände sind rund 2.200 Parkplätze geplant. An der Stockholmer Straße entsteht ein weiteres Parkhaus. Es wird mit jährlich 2,7 Mio. Besuchern gerechnet.

Zwei Ausbaustufen

Die Gebäude sollen im Stile der Industriearchitektur der Gründerzeit entstehen,



Bauplanungsplan Nr. 1179 Stadt Duisburg

wobei das statische Traggerüst der alten Halle erhalten und mit einem Glasdach versehen werden soll. Das Grundstück alleine ist aber zu klein und DOUVIL steht in Verhandlungen mit der Wohnungsgesellschaft Immeo über einen Ankauf des nordöstlich angrenzenden Wohngebiets aus den 60er Jahren. In der letzten Ausbaustufe soll das FOC bis an die August-Thyssen-Straße reichen. Hier sind rd. 400 Wohnungen betroffen. Für 300 Familien muss Ersatz gefunden werden. LINKE, SPD und Grüne forderten den Investor in einem gemeinsamen Antrag auf, diese Umzüge sozialverträglich zu gestalten. Außerdem wird gefordert, keine prekären Arbeitsverhältnisse entstehen zu lassen. Nach anfänglichem Zögern stimmte auch die CDU dem Antrag zu.

Altes Hallenbad bleibt mit neuer Nutzung

Das denkmalgeschützte ehemalige Hamborner Hallenbad soll umgebaut und Teil des FOC werden. Hier soll in dem einen Flügel ein »Kinderparadies« und zur anderen Seite eine »Erlebnisgastronomie« entstehen. Der Charakter der alten Badarchitektur soll dabei erkennbar erhalten bleiben. Die Investitionen belaufen sich auf insgesamt über 125 Millionen Euro. Betreiber des FOC ist Freeport Retail aus London. Freeport betreibt bereits zahlreiche FOC, u.a. in Polen, Frankreich, England, Dänemark und Schweden, darunter auch Europas größtes FOC in Alcochete bei Lissabon (75.000 Quadratmeter, 180 Shops). Freeport arbeitet mit rund 400 Markenherstel-

lern zusammen. Die Kleidung wird mit Nachlässen zwischen 30 und 70 Prozent verkauft. Damit ein Teil der Besucher auch den Weg in die benachbarten Stadtteile findet, sind weitere Geschäftshäuser entlang der Duisburger bis zur Dahlmannstraße sowie ein breiter Boulevard geplant. Um auch Alt-Hamborn besser anzubinden, wurde auch der Schulhof des ehem. Clauberg-Gymnasiums ins Verfahren einbezogen. Dadurch soll mehr Platz entlang der Straße und eine attraktive Wegeverbindung Richtung Altmarkt ermöglicht werden. Noch nicht ausgegoren ist ein Verkehrskonzept zur Erschließung des FOC mit dem Auto und dem ÖPNV. Hier muss im weiteren Planungsverfahren nachgebessert werden. Die bisherigen Vorstellungen des Investors reichen uns nicht aus.



dovivil

Vor Ort gemeinsam Politik entwickeln

Das Bürgerbüro der LINKEN Abgeordneten in Duisburg-Marxloh

von Peter Proff
Mitarbeiter im Bürgerbüro

■ Bereits im Mai hat das LINKE-Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen und der Landtagsabgeordneten Anna Conrads in Duisburg-Marxloh seine Türen geöffnet. Damit ist DIE LINKE die erste Partei mit einem Büro im Stadtteil und bietet den Menschen vor Ort eine Alternative zu den etablierten Parteien. Das Büro soll dabei erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sein, die sich über die Arbeit der Abgeordneten informieren, Anliegen vortragen oder Anregungen geben wollen.

Die Abgeordneten werden regelmäßig Bürgersprechstunden abhalten, außerdem werden MitarbeiterInnen der Abgeordneten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Der Kreisverband der Duisburger LINKEN bietet Dienstags und Freitags von 10-13 Uhr eine kostenlose Erwerbslosenberatung in den Räumlichkeiten an.

Darüber hinaus gibt es Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen in Land, Bund und Kommune, aber auch Lesungen, Ausstellungen und kleine Konzerte.

Am 25.9 fand im Bürgerbüro eine Veranstaltung zum Thema Schulpolitik statt, bei der neben den beiden Abgeordneten Hannah Gnech von der LandesschülerInnenvertretung



NRW und Marc Mulia als schulpolitischer Sprecher der LINKEN NRW auf dem Podium vertreten waren. Bis auf den letzten Platz gefüllt war Anfang Oktober eine Film- und Diskussionsveranstaltung zum Thema »Roma in Duisburg - Integrieren statt Wegsehen«.

Sevim Dagdelen ist in Duisburg geboren und aufgewachsen und ist seit 2005 Mitglied des Bundestages für DIE LINKE. Sie ist Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion.

Anna Conrads wurde 2010 in Duisburg in den Landtag gewählt und ist Sprecherin für Innen- und Rechts politik der Linksfraktion NRW.

Bürgerbüro
Sevim Dagdelen (MdB)
Anna Conrads (Mdl)
Kaiser-Wilhelm-Str. 278
47169 Duisburg

Telefon: 0203/72 84 32 75
Telefax: 0203/72 83 99 75

E-Mail: sevim.dagdelen@wk2.bundestag.de
info@anna-conrads.de

www.anna-conrads.de
www.sevimdagdelen.de

Fast 80.000 wollen Abwahlverfahren – doch Sauerland bleibt stur!

Verfahren geht in die nächste Runde. Rat entscheidet am 12.12.

Weiter von Seite 1

■ Mit anderen Worten: Er setzt voll auf das Risiko, abgewählt zu werden. Jetzt gilt es, die nächste Runde so demokratisch und fair wie möglich zu organisieren. Der Begleit-antrag von SPD und LINKEN in der anschließenden Ratssitzung, dem die Grünen schließlich noch beitraten und der auch die Unterstützung der FDP erhielt, bekam eine klare Mehrheit. CDU und DWG enthielten sich, weil er »Selbstverständlichkeiten« enthalte. Dies ist natürlich unwahr, weil das Wahlrecht weder die Zahl der Wahllokale, die Vollmachten der Wahlprüfungskommission, noch die

Briefwahl detailliert vorschreibt. Dies muss der Rat als Herr des Verfahrens festlegen. In dem Beschluss heißt es: Der Rat erwartet für seine nächste Sitzung am 12.12. eine fristgerecht vorgelegte Drucksache zur Feststellung der Zulässigkeit des Antrags. Neben der Feststellung der Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen sind die Gründe, die zur Feststellung der Ungültigkeit von Stimmen führen sollen, in ihrer jeweiligen Anzahl aufzuführen. Der Rat beauftragt damit den zur Kommunalwahl 2009 gegründeten Wahlprüfungsausschuss. Der Ausschuss wird ermächtigt, sich bei Zweifeln ein eigenes Bild von den zur Ungültigkeit vorgeschlagenen Unterschriften zu machen. Nach Feststellung der Zulässigkeit des Abwahantrags wird die Verwaltung beauftragt, dem Rat zu seiner Sitzung am 12. Dezember 2011 eine Beschlussdrucksache über die Modalitäten der Abstimmung (wie z.B. Wahllokale, Briefwahlstel-



len, Wahlbenachrichtigungen) vorzulegen. Diese Modalitäten haben den Bedingungen bei der Wahl des Oberbürgermeisters im Jahr 2009 zu entsprechen. Die Vorlage hat ebenfalls alle notwendigen Fristen und Termine sowie sonstigen Beschlüsse zu enthalten. Für eine erfolgreiche Abwahl des OB sind jetzt 25 % der Wahlbe-

rechtigten erforderlich, das sind rund 92.000. Diese müssen die Mehrheit der Abstimmenden sein. Nach einem erfolgreichen Abwahlverfahren muss der OB neu gewählt werden. Mit fast 80.000 Unterschriften im Eingangsquorum dürften die Chancen, auch das Abwahlquorum zu schaffen, enorm steigen.

Impressum

Redaktion Standpunkt, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 02 03 / 98 52 41 99
E-Mail: redaktion_standpunkt_kv_duisburg@linke-news-nrw.de
Internet: www.dielinke-duisburg.de, www.linksfraktion-duisburg.de
Bankverbindung: Stadtparkasse Duisburg, BLZ: 350 500 00, Kto. Nr.: 227 006 368
Redaktion: Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.), Thomas Keuer, Horst-Werner Rook, Ingrid Wiechert, Sylvia von Häfen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Auflage 20.000
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin
Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Duisburg

Klimaagentur Duisburg kommt

Kompetenzzentrum für Beratung, Ideen und Finanzierung

von **Charlotte Weyers**

Ortsverband Hamborn, für DIE LINKE als sachkundige Bürgerin im Umweltausschuss

Der weltweite Klimawandel beschleunigt sich immer rasanter. Katastrophale Folgen zeichnen sich bereits ab. Im Unterschied zu früheren erdgeschichtlichen Klimaveränderungen handelt es sich um einen Wandel, der vor allem durch Industrie-, Verkehrs- und Heizemissionen, Entwaldung usw. verursacht ist. Der kapitalistische Produktions- und Lebensstil ist letztlich mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nicht vereinbar. Aktivitäten und Maßnahmen, diesen Prozess mindestens zu verlangsamen und die weltweiten Folgen einzudämmen, kommen bisher nur im Schnecken-tempo voran. In Duisburg soll mit einer Klimaagentur neuer Schub entstehen.

Örtliche Vorläufer

Nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio und im Rahmen der Diskussion um eine Lokale Agenda gab es auch in Duisburg neue Initiativen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Entwürfe für örtliche Umwelt- und Klimaziele und eine Bündelung der Aktivitäten wurden entwickelt. Aus dieser Diskussion stammt auch der Entwurf für ein lokales Agenda-Zentrum für den öffentlichen und privaten Bereich. Im Jahr 2007 wurde die Idee von der Vorläuferorganisation der LINKEN im Rat - der PDS-Offenen Liste - wieder aufgegriffen. Vom Umweldezernat wurde sogar ein Konzept erstellt, aber nicht weiter verfolgt. Immerhin folgte die Bildung eines Klimatischen als Beratungseinrichtung für Altbausanierung. Es gab das Programm Öko-Profit für Klein- und Mittelbetriebe und es läuft immer noch das Programm ESPADU für mehr Energieeinsparung in den Schulen. Erst 2009 brachte ein



Ratsbeschluss, ein umfassenderes Klimaschutzkonzept (»Duales Klimakonzept«) aufzulegen, wieder Bewegung in die Sache. Am 17.10. beschloss der Rat die Gründung einer Klimaagentur. Sie nimmt Grundideen des »Agenda-Zentrums« wieder auf und wird von der Kooperation aus SPD, LINKEN und Grünen unterstützt.

Das Konzept

Die Zielsetzung bis 2020 lautet: Reduzierung des kommunalen Ausstoßes von CO₂ um mindestens 40% gegenüber dem Niveau des Jahres 1990. Mit der Klimaagentur soll ein Kompetenzzentrum entstehen, welches bisher erfolgreiche Programme zur Energieeinsparung weiter führt und -entwickelt. Die Klimaagentur hat vier Schwerpunkte:

- Konkretisierung des dualen Klimakonzepts, um die CO₂-Einsparziele zu erreichen.
- Ansprechpartner für BürgerInnen, Handwerk, Gewerbe, kleine und mittlere Betriebe sowie Institutionen. Diese erhalten Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten bei Umbau oder Sanierung von Gebäuden, bei Maßnahmen zur Ressourcenschonung durch Umstellung oder Investitionen usw.
- Koordinierungsstelle für alle Akteure, die an Klimaschutzmaßnahmen beteiligt sind. Bündelung und Bereitstellung von Kenntnissen und Vorschlägen.
- Laufende Öffentlichkeitsarbeit

Die Klimaagentur ist eine gemeinnützige GmbH. Sie startet mit den Wirtschaftsbetrieben und der städtischen

Holding DVV als Gesellschafter, weitere sollen folgen. Ein Beirat wird gebildet sowie ein Förderverein, in den Unternehmen, Verbände und weitere Akteure eingebunden werden.

Die öffentliche Kontrolle wird wahrgenommen durch einen Klimarat, bestehend aus dem Vorsitzenden des Umweltausschusses und den umweltpolitischen Sprechern der Ratsfraktionen. Diese treffen im Halbjahresrhythmus mit Geschäftsführung und Gesellschaftervertretern zur Erörterung der inhaltlichen Arbeit zusammen.

Der Passus der öffentlichen Kontrolle wurde auf Initiative der LINKEN aufgenommen und im Umweltausschuss am 22.09.11 mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken und CDU angenommen. FDP und DWG stimmten dagegen.

Hartz IV: Mehrbedarf »Warmwasser«

Bis Ende 2010 waren die Kosten für die Warmwasserbereitung im Regelsatz enthalten. Das ist seit Anfang 2011 nicht mehr der Fall. Für Alle, die

ihr warmes Wasser nicht zentral über die Heizungsanlage bekommen, sondern dezentral, beispielsweise über einen Durchlauferhitzer oder einen

Boiler, haben Anrecht auf Erstattung der Kosten. Falls Sie zum Kreis der Berechtigten gehören, sollten Sie ihren Leistungsbescheid kontrollieren, er wird unter »Mehrbedarf Ernährung« aufgeführt, weil das Computerprogramm angeblich »Mehrbedarf Warmwasser« nicht ausweisen kann. Die Beträge liegen zwischen 8 Euro und 2 Euro monatlich. Fehlt der Mehrbedarf im Bescheid ganz, spricht vieles dafür, dass der Bescheid falsch ist. Gegen einen solchen Entscheid kann Widerspruch eingelegt werden. Das gleiche Problem ergibt sich auch für alle, für die Teile der Heizkosten nicht übernommen wurden, weil das warme

Wasser über die Heizung bereitgestellt wurde. Bis 2010 war diese Vorgehensweise rechtmäßig, seit dem 1.1.2011 ist das anders. Wem heute noch mit dieser Begründung die Heizkosten gekürzt werden, dessen Bescheid ist rechtswidrig. Falls Sie betroffen sind, sollten Sie sich um die Angelegenheit kümmern. Ein Beispiel dazu: Eine Familie mit Eltern und 2 Kindern im Alter von 8 und 14 Jahren hätten monatlich einen Anspruch auf 23 Euro. Bei einem Rückstand ab Januar 2011 kommt da einiges zusammen. Vor allem wenn man bedenkt, dass das Jobcenter jedem Cent hinterher fahndet.

Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer/Hilfe für Hartz IV-Betroffene

Duisburg-Hochfeld
Kreisverband DIE LINKE Duisburg
Gravelottestr. 28

Mittwoch von 10-13 Uhr
Telefon: 0203/98 52 41 99
Nach Vereinbarung: 0162/6 24 22 71

DU-Marxloh
Kaiser-Wilhelm-Str. 278

Dienstag und Freitag von 10-13 Uhr
Telefon: 0203/72 84 32 75

DIE LINKE.

Angemessener denn je: Kein Blut für Öl!

von **Sevim Dagdelen**
Für DIE LINKE im Bundestag

■ Bereits am 20. Februar, fünf Tage nach den ersten größeren Demonstrationen in Libyen, kolportierten die Medien international erste Gerüchte, wonach Gaddafi ins Ausland geflohen sei und verbreiteten die Einschätzung, dass sich sein Regime nicht mehr lange halten könne. Gleichzeitig begannen sich die Aufständischen unter Führung einiger übergelaufener Militärs und eilig aus dem Ausland eingereister Oppositioneller zu bewaffnen. Die Aussicht auf einen schnellen Sieg und sicherlich auch auf die anschließend zu verteilenden Reichtümer ermutigte viele, zu den Waffen zu greifen. Anders als gegenüber den früheren Machhabern und engen Verbündeten in Tunesien und Ägypten, forderten die westlichen Staaten sehr schnell einen Rücktritt Gaddafis und einigten sie sich auf Sanktionen. Am 26. Februar beschloss der UN-Sicherheitsrat, die Konten der Gaddafi-Regierung zu sperren und somit die Aufständischen – mittlerweile eindeutig Bürgerkriegspartei – bei der gewaltsamen Machtübernahme zu unterstützen. Keine drei Wochen später begannen Frankreich, Großbritannien und die USA – später mit weiteren Verbündeten unter der Führung der NATO – mit Luftangriffen auf Seiten der Aufständischen zu intervenieren, Kommandosoldaten, Ausbilder und Verbindungsoffiziere hatten sie schon zuvor nach Libyen eingeschleust.

Über sechs Monate tobt nun bereits ein handfester Krieg in Libyen, bei dem die NATO bis Ende September über 9.000 Luftschläge durchführte, um die Kämpfer am Boden zu unterstützen. Diese belagerten

die einzunehmenden Städte teilweise wochenlang, schnitten sie von der Nahrungsmittel-, Wasser und Stromversorgung ab und ließen sie von der NATO bombardieren, bis sie einmarschierten. Ein vergleichbares Szenario mit den Gaddafi-Truppen als Angreifern, das so allerdings niemals eintrat, wurde im März als vermeintliche Legitimation der NATO-Intervention heraufbeschworen. Jeder Geländegewinn der NATO und der Aufständischen wurde als entscheidende Schlacht dargestellt und galt weiteren Staaten als Anlass, statt der bisherigen Regierung nun den in keiner Weise – außer durch bloße Waffengewalt – legitimierten »Nationalen Übergangsrat« anzuerkennen.

V.a. in Europa war der Protest gegen diese Intervention verhalten, obgleich sie eine völlig neue Phase des Imperialismus einläutete und einen neuen Typ des Kolonialkrieges darstellt. In Deutschland und Europa war der Aufschrei »Kein Blut für Öl« kaum zu vernehmen, obwohl er selten so zutreffend gewesen war. Die deutsche Friedensbewegung schien in Bezug auf den Libyenkrieg wie gelähmt. Neben der massiven medialen Propaganda und der falschen Logik, wonach alle, welche die NATO-Intervention kritisierten, automatisch als Befürworter Gaddafis und damit auch der schweren Menschenrechtsverletzungen, für die er zu Recht und zu Unrecht verantwortlich gemacht wurde, angegriffen wurden, trug hierzu sicherlich auch die Enthaltung Westwelles im UN-Sicherheitsrat bei. Von Grün bis Schwarz wurde er hierfür scharf angegriffen, so genannte Friedensforscher kritisierten ihn, er hätte hiermit Deutschland »isoliert« und selbst in der Linken und der Friedensbewegung gab es viele, die den NATO-

SIE REDEN VOM FRIEDEN. SIE FÜHREN KRIEG.

TRUPPEN
RAUS
AUS AFGHANISTAN!

SA 3.12. **DEMONSTRATION** Auftakt 11:30 Kaiserplatz Bonn
SO 4.12. **ALTERNATIVKONFERENZ**
MO 5.12. **PROTESTAKTIONEN**

**PROTESTE GEGEN „PETERSBERG II“
BONN 03.–05.12.2011**



Infotelefon: 0228/69 29 04 | www.afghanistanprotest.de

Protestbüro gegen „Petersberg II“ | c/o Röhrendt 88 | 53111 Bonn | Tel. 0228/69 29 04 | Fax 0228/69 29 06 | info@afghanistanprotest.de
V.i.S.d.P. Rainer Braun | Protestbüro gegen „Petersberg II“ | c/o Röhrendt 88 | Spendenkonto Förderverein Frieden e.V. | Kontonr. 404 1800 402 | BLZ 430 90 967 | GLS Bank | Stichwort Petersberg II

Samstag, 3. 12. 2011 Bundesweite Demonstration
Auftrittkundgebung um 11.30 Uhr am Bonner Kaiserplatz (Nähe Hauptbahnhof)
Demonstration durch die Bonner Innenstadt
Kundgebung ab 14 Uhr Kaiserplatz mit Beiträgen aus der Intern. Friedensbewegung

Sonntag, 4.12.2011 Internationale Antikriegskonferenz

Montag, 5.12.2011 Phantasievolle Begleitaktionen zur Regierungskonferenz
Ab 8 Uhr in Königswinter und am gegenüberliegenden Rheinufer in Bonn-Mehlem
Ab 11.55 Uhr am Konferenzort »Alter Bundestag«

Die LINKE Duisburg organisiert einen Bus nach Bonn. Näheres über die Geschäftsstelle des Kreisverbands.

Angriff v.a. am Anfang, als er noch im Deckmäntelchen einer »Flugverbotszone« daherkam, nicht klar ablehnen wollten.

Ende September ist Gaddafi immer noch nicht gefasst, seine Anhänger leisten in einigen Städten erbitterten Widerstand oder organisieren diesen aus dem Ausland heraus, es kam bereits zu grenzüberschreitenden Gefechten an den tunesischen und algerischen Grenzen. Der Übergangsrat ist dabei, in verschiedene Fraktionen zu zerfallen und der Bürgerkrieg droht, den gesamten Sahel zu erfassen. Doch das Öl fließt wieder und der anhaltende Bürgerkrieg wird bald als Anlass dienen, Truppen an die Ölhäfen und Pipelines zu entsenden. Deutschland will beim so genannten »Wiederaufbau« eine führende Rolle einnehmen. Dies gilt es zu verhindern. Und wir müssen die Lügen und die Propaganda aufarbeiten, mit denen dieser Krieg führbar gemacht wurde. Damit Libyen nicht den Auftakt bildet für weitere Kriege gegen Regierung und Völker, die sich den Regeln der NATO nicht unterwerfen wollen; Damit die Friedensbewegung und DIE LINKE wieder handlungsfähig ist, wenn der nächste Krieg vorbereitet wird.

Termine

Do, 03.11.2011, 19 Uhr
AK Internationalismus, Kreisbüro DIE LINKE. Duisburg, Gravelottestraße 28, DU Hochfeld

Fr, 04.11.2011, 20 Uhr
»Latino total«, Solidaritätskonzert zugunsten »Kuba hilft Haiti«, Zentrum Altenberg, Hansastraße 20, 46049 Oberhausen

Mi, 09.11.2011, 19 Uhr
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Duisburg, Haus Kontakt, Scharnhorststraße 32, DU-Kaßlerfeld

Mi, 09.11.2011, 19 Uhr
»Nachbarn von nebenan – verschollen in Riga«, ein Abend für die Opfer

des Faschismus in Homberg, Rheinhausen und Moers, Lichtbildvortrag von Winni Nachtweih (ehem. MdB Bündnis 90/Die Grünen), Gaststätte zur Linde in DU Homberg

Sa, 12.11.2011
Migrationspolitische Konferenz der Landtagsfraktion DIE LINKE. NRW

Di, 15.11.2011, 18:30 Uhr
»Afghanistan nach 10 Jahren Besatzung«, Veranstaltung mit Jürgen Wagner/Informationsstelle Militarisierung Tübingen, Veranstalter: Rosa Luxemburg Club, Internationales Zentrum, Flachsmarkt 1, DU Mitte

Fr, 18.11.2011, 19 Uhr
»50 Jahre Migration«, Veranstaltung des OV Süd der LINKEN. Duisburg, im Jägerhof, Wanheimerstr. 506 in Wanheim/Angerhausen

Sa, 19.11.2011, 11 Uhr
Migrationspolitische Tagung der Landtagsfraktion DIE LINKE. NRW, Ort: 40221 Düsseldorf, Platz des Landtags 1 (Anmeldung bei der Fraktion erforderlich)

Do, 08.12.2011
Veranstaltung zur Banken- und Eurokrise mit Andrej Hunko (MdB DIE LINKE), Veranstaltungsort und -zeit bitte erfragen

Sa/So, 10./11.12.2011
Kurdistan-Palästina-Konferenz der LINKEN. NRW, Leverkusen (in Vorbereitung, Einzelheiten siehe www.dielinke-nrw.de)

Mo, 12.12.2011
Stadtrat entscheidet über Zulässigkeit des Abwahlverfahrens gegen OB Sauerland